

Diskussionsbeiträge

Frans Becker



Zunächst möchte ich Ihnen herzlich danken für die Einladung, an dieser Diskussion über Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft teilzunehmen. Als Vertreter des kleinen „Think Tanks“ der niederländischen Sozialdemokratie sehe ich meine Aufgabe hier darin, Ihnen von den Auffassungen und Perspektiven zu berichten, die heute in unserem Land und unserer Partei besprochen werden. Unsere Vorstellungen davon, was gerecht ist oder nicht, werden selbstverständlich mit durch den Gesellschaftstyp bestimmt, in dem wir leben: in der klassischen Industriegesellschaft machen wir uns andere Vorstellungen von Gerechtigkeit – und sehen wir andere

Möglichkeiten und Bedrohungen für sie – als in der wissensintensiven Dienstleistungswirtschaft, die sich heute zu dem dominanten gesellschaftlichen Modell entwickelt. Gleichzeitig aber müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass mancherlei Aspekte der Gerechtigkeit in dieser Zeit nicht nur mit der Wissensgesellschaft im Allgemeinen, sondern auch mit der Weise zusammenhängen, wie sie heute Gestalt annimmt, nämlich in der Form eines relativ aggressiven Kapitalismus. Ich nenne einige Punkte, die als Anmerkungen zu den Beiträgen von Erhard Eppler und Wolfgang Merkel zu betrachten sind.

Unternehmertum und der aktivierende Versorgungsstaat

Die Sozialdemokratie ist mit einem Paradigmawechsel befasst, der mit dem Übergang zu dem, was die neue Ökonomie genannt wird, verbunden ist. Auch in den Niederlanden ist dieser Paradigmawechsel sichtbar. Von

einem passiven Wohlfahrtsstaat, in dem starker Nachdruck auf der Übertragung von Einkommen und einem auf Hauptverdienern basierenden System der sozialen Sicherheit lag, in dem es vor allem um die Gleichheit der Ergebnisse ging, hat sich nun der Schwerpunkt auf die Aktivierung von Menschen, Frauen und Männern, für den Arbeitsmarkt verlagert und wird der Gleichheit der Erwerbsquellen (Ressourcen) mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Neben der Verteilung des Wohlstands ist seine Produktion ein wichtiges Thema geworden, was seinen Ausdruck zum Beispiel in dem Wahlslogan ‚stark und sozial‘ von 1998 fand. Das Unternehmertum spielt in diesem Konzept eine entscheidende Rolle. In der Wissensgesellschaft wird Unternehmertum von Unternehmern, von Bürgern und Politikern und von Arbeitnehmern erwartet. Man könnte sagen, dass die Sozialdemokratie wieder bei dem alten Schumpeter mit seinen Theorien von wirtschaftlicher Entwicklung und Unternehmertum angelangt ist. Unternehmertum ist also ein zentraler Begriff geworden; wie er sich zu Gerechtigkeit verhält, hat sich indessen noch lange nicht herauskristallisiert. Vorläufig scheinen diese beiden Begriffe auf ziemlich gespanntem Fuß zueinander zu stehen. Wie Unternehmertum gefördert und ermöglicht werden muss, ist eine Frage, die auf nahezu jeder politischen Tagesordnung steht, und für deren Lösung sich eine ganze Reihe von Maßnahmen ausdenken lässt, von der Abschaffung von Regeln bis zur Abstimmung von Wissen und Unternehmen.

Unterrichtspolitik – aber welche?

Das Unterrichtswesen spielt bei der Erschließung der Quellen für die Wissensgesellschaft eine wesentliche Rolle. Unterricht als Vorbereitung auf eine gesellschaftliche Laufbahn, aber auch Unterricht und Schulung während der Laufbahn. In der Diskussion über das Unterrichtswesen in den Niederlanden spielen zwei Themen eine wichtige Rolle. Zunächst einmal unterstreichen wir zwar ständig die eminente Bedeutung von Unterricht, aber andererseits will es uns kaum gelingen, die Rückstände, die in den vergangenen Jahrzehnten auf diesem Gebiet entstanden sind, aufzuholen. Der Staat hat noch zu wenig akzeptiert, dass in einer Wissensgesellschaft viel in Unterricht investiert werden muss. Unsere Schulgebäude sehen nicht gerade wie Tempel aus; es wird immer schwieriger, Lehrkräfte zu finden; die Qualität der Schulen ist sehr unterschiedlich. Eine große Anzahl von Schülern, vor allem in den Großstädten, verlässt die Schule vorzeitig und ohne Abschluss. Hier besteht ein direkter Zusammenhang

mit dem Problem der Gerechtigkeit: Erfolg in der Schule ist noch immer stark verbunden mit dem sozialen Hintergrund. Der Abbau dieser Defizite, vor allem in bestimmten Vierteln der Großstädte, muss für die kommenden Jahre für Sozialdemokraten eine Toppriorität sein. Intensiver Austausch von Erfahrungen, auch grenzüberschreitend, kann dabei helfen.

Zweitens ist es evident, dass die Wissensökonomie Wissen verlangt. Die Frage ist nur: Was für Wissen? Das Bild, das wir davon heute haben, ist, dass es mehr um mancherlei nicht-kognitive Fertigkeiten geht, soziale Fertigkeiten, die Fähigkeit, selbständig zu arbeiten, kreativ Probleme zu lösen, sich mühelos in verschiedene soziale Netzwerke zu begeben. Das sind Fähigkeiten, die von Kindern mit einem starken sozialen Hintergrund viel leichter erlernt werden als von Kindern mit einem schwächeren sozialen Hintergrund. Vor allem Jugendliche (und insbesondere Jungen) aus Migrantenfamilien haben hiermit erhebliche Schwierigkeiten. Sie geraten dadurch in einen Rückstand, der schwer zu überbrücken ist. Nur eine sehr sorgfältige Betreuung in der Schule kann hier Abhilfe schaffen.

Mehr im Allgemeinen kann eine Wissensgesellschaft meritokratische Züge aufweisen und zu sehr ungleichen Ergebnissen führen. Die Vorstellung, dass Wissen als entscheidender Faktor in unserer Ökonomie als solcher zu mehr Gerechtigkeit oder Demokratie führt, beruht auf einem Missverständnis.

Die neue Arbeitsorganisation

Die Möglichkeiten, welche die neue Wissensökonomie in Unternehmen, in Arbeitsorganisationen eröffnet, sind enorm. In den USA gibt es dafür einen Namen: the new American workplace. In ihm haben Arbeitnehmer mehr Eigenverantwortung, mehr Souveränität über die eigene Arbeit; die Strukturen sind weniger hierarchisch geworden, mehr auf den Kunden statt auf den Arbeitgeber ausgerichtet, mehr auf Dienstleistung als nur auf das Endprodukt allein. Für einen großen Teil der Arbeitnehmer scheint diese Änderung tatsächlich einzutreten. Und ist das nicht ein Idealbild von Gerechtigkeit: eine nette, flache Organisation, in der alle kreativ miteinander zusammenarbeiten? Auch hierzu sind zwei Anmerkungen zu machen. Neben einer derartigen Mehrheit der Arbeitnehmer gibt es auch eine große Minderheit, für die diese Änderungen viel weniger gelten. [Wir sprechen hier, das nur am Rande, von der niederländischen Ökonomie, die den

Übergang zur Dienstleistungsökonomie bereits weitgehend hinter sich hat und viel weniger abhängig ist von großen Industrieunternehmen.] Von dieser Minderheit wird zwar Flexibilität und die Fähigkeit verlangt, mit Unsicherheiten umzugehen, aber sie hat dazu weniger Möglichkeiten. Ihre Arbeit ist vielfach physisch oder psychisch belastend (Reinigungsarbeit, Krankenpflege und Betreuung, Logistik, Gastronomiesektor) und bietet wenig Möglichkeiten zur Entwicklung. Auch diese Minderheit gehört zu der neuen Ökonomie, aber sie pflückt von ihr weniger Vorteile. Gerade für sie muss es weiterhin ein solides Fundament in dem sozialen Gebäude geben, muss die Qualität der Arbeit verbessert werden und sind gezielte Anstrengungen notwendig, um ihre Arbeitsmarktposition zu verbessern. Und das alles, um dafür zu sorgen, dass die Angehörigen dieser Minderheit nicht ihr Leben lang in dead end jobs gefangen bleiben.

Die zweite Anmerkung ist diese: Wenn die Arbeitsorganisationen nicht enthierarchisiert werden und Wissen in den Unternehmen nicht immer wichtiger wird, wird der Terror des Aktionärs zunehmen und das Streben nach Gewinn auf kurze Sicht zunehmend an Boden gewinnen. Der gierige Aktionärskapitalismus steht auf gespanntem Fuß mit der Wissensökonomie und stört den Traum von ihr.

Steuerpolitik

Die heutigen Entwicklungen auf dem Gebiet von Wissen und Technologie gehen – auch durch ihren stark internationalen Charakter – mit neuen Ungleichheiten einher, deren Kausalzusammenhänge freilich noch längst nicht alle deutlich sind. Allem Anschein nach wird ein Teil dieser neuen Ungleichheiten von uns als unvermeidlich akzeptiert. Aber wie weit kann das gehen? Wollen wir die Möglichkeiten, schnell Reichtümer zu sammeln, beschränken? Und welche Instrumente haben wir, um die seit den achtziger Jahren wachsende Ungleichheit von Einkommen und Reichtum zu zügeln? Das Paradoxe ist, dass unter der Verantwortung von Sozialdemokraten noch immer Steuersenkungen durchgeführt werden. Ist das Steuerinstrumentarium eigentlich noch dazu geeignet, eine wirkliche Umverteilungspolitik durchzusetzen? Hierzu möchte ich eine kurze Randbemerkung einflechten. Steuern haben im Moment – obwohl die niederländischen Steuersätze nicht zu den niedrigsten in Europa gehören – nicht mehr als eine proportionale Auswirkung auf die Einkommensverteilung. Umverteilungseffekte werden durch die Ausgaben der öffentlichen Hand

ausgelöst. Damit ist die Wichtigkeit einer gewissen Höhe und einer gewissen umverteilenden Richtung der öffentlichen Ausgaben angegeben. Die Bedeutung einer angemessenen Höhe der öffentlichen Ausgaben liegt auch auf einer anderen Ebene: sie ist notwendig, um wichtige öffentliche Einrichtungen, wie das Unterrichtswesen, auf einem hohen Niveau zu halten. Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Punkt in eine außerordentlich heikle Situation manövriert: sie hat die Politik der Lastenerleichterung, des Abbaus der Staatsverschuldung und der Senkung der kollektiven Ausgaben verteidigt (der Stabilitätspakt der EWU), aber sie wird jetzt damit konfrontiert, dass die Mittel fehlen, diese Zielsetzungen mit neuen, notwendigen öffentlichen Investitionen zu kombinieren. Müssen wir akzeptieren, dass Bürger – und vor allem diejenigen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen – dann eben selbst für ihre öffentlichen Güter sorgen und sie privat einkaufen? Und dass die Minderbemittelten von einem einigermaßen verarmten kollektiven Sektor abhängig bleiben? Oder wird es – im Lichte der wachsenden Ungleichheit und der zutage tretenden Armut der öffentlichen Hand im Vergleich zu

Zum Schluss

In den Niederlanden wird die Entwicklung der wissensintensiven Dienstleistungsökonomie gelegentlich in den Rahmen von zwei Modellen gestellt: das angloamerikanische Modell des harten, individualistischen Kapitalismus und das rheinländische Modell des institutionalisierten, kooperativen Kapitalismus. Die Niederlande nehmen sozusagen eine Zwischenstellung zwischen beiden ein: das mittelatlantische Modell. Das rheinländische Modell läuft die Gefahr, notwendige Innovationen in die Richtung einer Wissensgesellschaft zu blockieren; das angloamerikanische Modell ist nach unserer Auffassung zu weit entfernt von unserer Gerechtigkeitsvorstellung. Wenn wir Gerechtigkeit und die Wissensgesellschaft miteinander kombinieren wollen, dann muss meiner Meinung nach ein gründliche Erneuerung des rheinländischen Modells stattfinden. Es muss aufs Neue erfunden werden, also re-inventing the Rhineland-model. dem privaten Reichtum (Galbraith) – vielleicht Zeit, dass Sozialdemokraten über das Niveau unserer Steuererhebung nachdenken?



Schönen Dank. Herzlichen Dank an dieser Stelle auch für die Einladung. Das Problem ist, dass nach so prominentem und so intensivem Lauschen von Vorträgen, dann immer die selbe Frage gestellt wird an denjenigen, der jetzt Abgeordneter ist: Und, was heißt das jetzt praktisch für Eure Regierungspolitik? Und wenn ich es heute mit böartigen Menschen zu tun hätte, wäre ich schnell auf verlorenem Posten.

Ich möchte trotzdem deutlich machen, dass bestimmte Vorstellungen, die mit dem Begriff Gerechtigkeit verbunden werden, tatsächlich auch mit der Realität dessen zu tun haben, was heute zumindest

angelegt ist. Ich möchte an einem Punkt Wolfgang Merkel Recht geben, nämlich dass die Investitionen beispielsweise für Bildung als einem der von Ihnen beschriebenen zentralen fünf Punkte, zu wenig sind. Gleichwohl, in einem Punkt muss ich einfach widersprechen: Seit 1998 haben wir zumindest ein bisschen Korrektur vorgenommen. Also bis 2004 14 Prozent mehr, ist gewiss ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus.

Aber was dahinter steckt, ist glaube ich das, was Hans Eichel in seiner Rede in der Humboldt- Universität deutlich gemacht hat: Nämlich die Vorstellung, wie kommen wir vor dem Stichwort der Generationengerechtigkeit dahin, Haushaltskonsolidierungen nicht als Selbstzweck zu betreiben, sondern, nachdem man dann Schulden abgebaut hat im Jahre 2005, mit den Zinsersparnissen, die wir jetzt einmalig bei UMTS-Milliarden hatten, vernünftig umzugehen in dem Sinne, dass man Teilhabe ermöglicht.

Für mich ist ganz wichtig ein Punkt an Erhard Eppler gerichtet, den ich aufgreifen möchte, dass Deregulierung als Prinzip unsinnig ist. Ich habe in der „Privatisierung der politischen Moral“ gelesen, dass Du Dich beispielsweise mit der Frage der Wasserwirtschaft auseinandergesetzt hast. Also das Beispiel: Müssen wir den Wassermarkt jetzt auch privatisieren, liberalisieren, deregulieren?

Das ist eine Frage, die uns sehr praktisch beschäftigt, weil sie deutlich macht, dass wir in der Gefahr stehen, mit neuen Ideologien zu kämpfen an diesem Punkt. Nämlich mit einer neoliberalen Ideologie, die da heißt: Staat kann gar nichts mehr. Staat sollte sich zurückhalten, auf Nachwächterfunktionen beschränken. Und gerade an dem Beispiel Wasserwirtschaft zeigt sich, wie unsinnig diese Vorstellungen sind, dass man – auch die Holländer haben da ihre Erfahrungen – genau hinschauen muss, was die einzelnen Bereiche betrifft.

Was sich dahinter für mich verbirgt, ist, dass wir als Sozialdemokraten erst einmal klären müssen: Was sind unsere Ziele: Also eine normative Herangehensweise. Nicht mehr, wie wir es in den letzten Jahren oft gemacht haben, darüber zu streiten, ob man wenn man das eine oder andere Instrument verfährt, nun ein Linker oder Rechter ist.

Ich möchte das ganz kurz an einem weiteren Punkt deutlich machen. 1999, nachdem Lafontaine abgegangen war und wir den Beginn der Konsolidierungspolitik mit Eichel hatten, haben wir über die Frage debattiert, ob eine Wiedereinführung der Vermögensteuer nun notwendig sei oder nicht. Und alle, die dafür waren, das waren dann gute Linke; und alle, die dagegen waren, waren dann böse Rechte. Für mich ein Beispiel, dass man eine Entkopplung in der Diskussion hatte zwischen dem, was das eigentliche Ziel dieses Instruments ist, und einer reinen Fixierung auf die Instrumente. Das ist glaube ich für die Übersetzung dessen, was wir grundsätzlich miteinander diskutieren, ein wichtiger Punkt, zu sagen: Instrumente sind in den wenigsten Fällen links oder rechts, sondern Ziele sind es und auch Ausgangspositionen, woher man sozusagen grundsätzlich kommt, also ob aus aufklärerischer Perspektive oder eben aus konservativer.

Das als ein paar Anmerkungen dazu. Ich habe eine Fülle von Dingen, die mich für die Diskussion reizen, ganz einfach mitgeschrieben. Ich glaube, dass die grundsätzliche Frage: Weshalb ein neues Grundsatzprogramm?,

die bei Erhard Eppler ja auch kritisch anklang, mit dem Hinweis darauf, dass viele, die das jetzt fordern, es offensichtlich nicht gelesen haben, mir als Eindruck nicht ganz fremd ist. Nichtsdestoweniger bin auch ich für diese Debatte, weil sie bedeuten kann, dass in der jetzigen Zeit, in der sich etwas getan hat in den letzten Jahren, auch in Regierungsverantwortung, es nicht zwangsläufig heißt, dass man das, was im Berliner Programm beschreiben wurde, über Bord wirft, aber dass eine Form von Selbstvergewisserung stattzufinden hat, um Orientierung geben zu können, nach innen in die Partei und damit eben auch nach außen. Das halte ich für einen sehr wesentlichen Punkt, weil man zumindest im ersten Jahr der neuen Bundesregierung an der einen oder anderen Stelle das Gefühl hätte bekommen können, dass uns etwas die Orientierung abhanden gekommen war. Deshalb ist glaube ich eine solche Debatte wichtig, auch wenn ich der festen Überzeugung bin, dass sie stärker vor 1998 hätte stattfinden müssen mit praktischen Bezügen. Diese Chance ist jetzt verstrichen, aber umso mehr, müssen wir die Debatte jetzt führen. Und es ist gut, dass wir zumindest heute dazu noch einen Beitrag leisten.